

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACHAMMAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn Ministerpräsident
Roland Koch
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1

65183 Wiesbaden

Bearbeitung: Bernd Zander
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 07 März 2006

Ganztagsbetreuung an Offenbacher Schulen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,

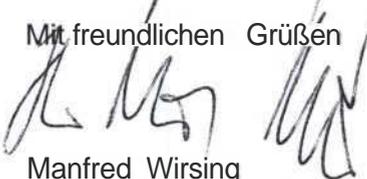
ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 16. Februar 2006 zu DS I (A) 978 folgenden Beschluss gefasst hat:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der anstehenden Entscheidungen zur künftigen Rolle des Bundes im Bildungsbereich dafür einzusetzen, dass der Bund auch zukünftig Programme wie das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ auflegen darf, das den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in Deutschland unterstützt.*
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich dafür ein, dass die Föderalismusreform so ausgestaltet wird, dass Kommunen beim weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung auch künftig Unterstützung aus Bundesmitteln erhalten können und der Bund im Bildungsbereich auch weiterhin Anstöße für Innovationen geben kann.*
- 3. Der Magistrat wird aufgefordert darzulegen, wie lokale Ressourcen gebündelt werden können, um den Einstieg in die Ganztagschule zu forcieren.*

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher

Per Post versandt am 03.03.06

Ue